Saarlouis, Samstag, 16. April 1921.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis. Durch unsere Agenten 12 Mk. Mit der Post bezogen 15 Mk. Zeilenpreis: a) für Anzeigen 45 mm Breite 1 Mk. b) für Reklamen 92 mm 2 Mk. Bei Wiederholungen günſtiger Rabatt.

Nr. 79.
50. Jahrgang.

Erſcheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Beſtellungen nehmen an alle Poſtanſtalten. — In Saarlouis die Geſchäftsſtelle: Gefängnisſtraße Nr. 6. — Telegramm-Adreſſe: Saar-Zeitung. — Fernſprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 82. Poſtfach 30.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anſpruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

Erſtes Blatt.

Die vier Möglichkeiten zur preußiſchen Regierungsbildung.

dz. Berlin, 15. April. Ein Vertreter des WTB. hatte geſtern Nachmittag eine Unterredung mit Miniſterpräſident Stegerwald, der ſich über die gegenwärtige politiſche Lage folgendermaßen äußerte: Sowohl die letzten Reichstagswahlen wie die Wahlen zum preußiſchen Landtags brachten ziffernmäßig ausgedrückt einen etwa 10prozentigen Ruck nach rechts. Ob dieſes Volksvotum politiſch richtig oder falſch war, ſteht bei der Regierungsbildung nicht zur Entſcheidung. In Preußen ſtehen heute rechts von den bisherigen Koalitionsparteien 130 und links 50 Abgeordnete. Auf dieſe Sachlage hat Miniſterpräſident Stegerwald aufzubauen. Zur preußiſchen Regierungsbildung beſtehen in der Hauptſache vier Möglichkeiten: Zunächſt eine Koalitionsregierung von der Mehrheitsſozialdemokratie bis zur Deutſchen Volkspartei. Sie iſt aus innen- und außenpolitiſchen Gründen ein Gebot der Stunde. Das deutſche Volk erarbeitet ſich bei ſeiner gegenwärtigen Lage nicht wieder das Anſehen der Welt, wenn es ſich nicht dazu verſteht, die innerpolitiſchen Gegenſätze zurückzuhalten. Nach den Vorgängen der letzten Jahre iſt die Stunde gekommen, auszuſprechen, daß eine gewiſſe Stetigkeit in der Politik eine der erſten Vorausſetzungen iſt für den allmählichen Wiederaufſtieg des deutſchen Volkes. Dieſe Stetigkeit iſt nur zu erreichen durch eine ſtarke, möglichſt gleichartige Mehrheit im Reiche und in Preußen, und durch weitgehende gegenſeitige Rückſichtnahme auf die Imponderabilien der Koalitionsparteien. Gegen eine Regierungsbildung auf dieſer breiten Front wurden aber in den letzten Wochen ſo viele Schranken aufgerichtet, daß Stegerwald ſie nicht in wenigen Tagen beſeitigen kann. — Eine zweite Möglichkeit zur Regierungsbildung wäre die alte Koalition. Vom reinpreußiſchen Standpunkte aus betrachtet, wäre ſie rein parlamentariſch im Notfalle tragbar geweſen. Die Regierungsbildung in Preußen läßt ſich aber gegenwärtig nicht völlig loslöſen von der Lage im Reiche. Die Reichsregierung hat in den nächſten 14 Tagen im Hinblick auf die von der Entente angekündigte Inkraftſetzung der Sanktionen einen Kampf auf Leben und Tod für das deutſche Volk zu führen. Auf den Koalitionsparteien des Reichstages laſtet in der zweiten Hälfte des April eine ungeheure Verantwortung. In ſolcher Situation glaubt der Miniſterpräſident, von moraliſchen Erwägungen ganz abgeſehen, auch politiſch es nicht vertreten zu können, einer der Koalitionsparteien des Reichstages — die Deutſche Volkspartei — gröblich vor den Kopf zu ſtoßen. Stegerwald will auch nach Beendigung ſeiner ſchweren Miſſion nicht nur nach links, ſondern auch nach rechts als anſtändiger Politiker und Menſch daſtehen.

Die dritte Möglichkeit zur politiſchen Regierungsbildung war die gleiche Minderheitskoalition wie im Reiche. Dieſe Regierung iſt in der gegenwärtigen Stunde insbeſondere aus innerpolitiſchen Gründen nicht tragbar. Das äußerſt wichtige Ueberſchichtenabkommen im rheiniſch-weſtfäliſchen Kohlenbergbau iſt noch in der Schwebe; zwiſchen den Unternehmern und den Arbeitern ſind da noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Mit dem Inkrafttreten der Sanktionen ſteht Deutſchland vor einer ſo gewaltigen Arbeitsloſigkeit, wie noch nie in ſeiner Geſchichte. Das ſind nur zwei der wichtigſten Punkte, die hier in Frage kommen. Bei einer ſolchen Sachlage iſt es politiſch nicht ratſam, die Sozialdemokratie vollſtändig außerhalb der unmittelbaren politiſch-parlamentariſchen Verantwortung zu ſtellen. Als vierte Möglichkeit verbleibt die Bildung eines Geſchäftsminiſteriums mit überwiegend politiſch-parlamentariſchem Einſchlage, da mit Beamten allein die politiſch anormalen Verhältniſſe der Gegenwart nicht gemeiſtert werden können. Ueber Charakter und Zuſammenſetzung dieſes Geſchäftsminiſteriums, das keine Fortſetzung der alten Koalition ſein dürfte, konnte bis jetzt eine Uebereinſtimmung nicht erzielt werden. Der Miniſterpräſident glaubt die großen Gegenſätze zwiſchen der Sozialdemokratie und der Deutſchen Volkspartei dadurch ausgleichen zu können, daß er für die Sozialdemokratie drei und für die bürgerlichen Parteien 5 Miniſterien beſtimmt, von denen zwei durch Beamte beſetzt werden könnten, die zur deutſchen Reichsverfaſſung und zur preußiſchen Verfaſſung ſtehen und im übrigen auch von der Deutſchen Volkspartei als genehm betrachtet werden. Für dieſen Fall hatte Stegerwald von der Deutſchen Volkspartei gefordert, daß ſie bei der Vertrauensfrage im Gegenſatz zu den übrigen Koalitionsparteien nicht für die Regierung zu ſtimmen brauche, aber auch nicht gegen ſie ſtimmen dürfe, ſondern weiße Zettel abgeben ſolle. Dieſes Anſinnen lehnte die Deutſche Volkspartei ab. Etwas politiſch Unehrenhaftes hat alſo Stegerwald der Deutſchen Volkspartei nicht zugemutet. Zur Stunde beſtehen noch drei Möglichkeiten für einen Ausgleich: 1. Entweder die Parteien geben Stegerwald vollſtändig freie Hand und behindern die aus ihren Reihen von ihm berufenen Miniſter nicht durch Fraktionsbeſchlüſſe an der Annahme des Miniſteriums, 2. es wird ein Geſchäftsminiſterium gebildet aus 2 Sozialdemokraten und einem Vertreter der Zentrumspartei, der Demokraten und der Deutſchen Volkspartei, während der Reſt der Miniſterien durch politiſch nicht abgeſtempelte Perſönlichkeiten beſetzt wird. Die Parteien wären an dieſe Regierung, die keine Koalitionsregierung iſt, nur loſe gebunden. Es könnte eine Politik mit wechſelnden Mehrheiten gemacht und die Staatsgeſchäfte einſtweilen fortgeführt werden und das weitere der politiſchen Entwicklung der nächſten Zeit überlaſſen bleiben. 3. Es würde ein Miniſterium des Zentrums und der Demokraten gebildet, wenn tatſächlich eine wohlwollende Neutralität der beiden Nachbarparteien ſich erzielen läßt.

Das Weltfriedensprogramm Hardings.

Ein neues deutſches Reparationsangebot.

ſt. Waſhington, 15. April. Anſchließend an ſeine Botſchaft hat Präſident Harding ſein Programm zur Herbeiführung des Weltfriedens in folgenden ſieben Punkten zuſammengeſtellt:

1. Aufhebung des Verſailler Friedensvertrages, einſchließlich der Völkerbundsbeſtimmungen.
2. Annahme der Reſolution Knox, durch die der europäiſche Friedenszuſtand erklärt wird.
3. Anbahnung von beſonderen Friedensverhandlungen mit Deutſchland, durch die eine beſtimmte Kriegsentſchädigung feſtgeſetzt und die übrigen ſich aus dem Kriegsende ergebenden Fragen beraten werden ſollen.
4. Die Anerkennung der in der Reſolution Knox ausgeſprochenen Grundſätze, daß Amerika alle Maßnahmen für die Aufrechterhaltung des europäiſchen Friedens trifft, falls dieſer durch irgend eine Macht oder Mächtevereinigung bedroht werden ſollte.
5. Die Annahme einer Reſolution, durch die die Einigkeit der Vereinigten Staaten mit den alliierten Mächten darüber feſtgeſtellt wird, daß Deutſchland die Verantwortung für den Krieg trägt und verpflichtet iſt, die Kriegsſchäden bis zur Grenze ſeiner Leiſtungsfähigkeit wiedergutzumachen.
6. Aufnahme von Verhandlungen mit England und Japan über die Einſchränkung der Kriegsrüſtungen.
7. Aufnahme der Verhandlungen zwecks Bildung eines neuen Völkerbundes zur Erhaltung des Weltfriedens. Amerika tritt dieſem Völkerbunde bei, unter Aufrechterhaltung des Prinzipes der Aktionsfreiheit und Nichteinmiſchung in europäiſche Angelegenheiten.

Zur Note der Vereinigten Staaten über die Inſel Yap und die Mandate.

dz. London, 15. April. In der von den Blättern veröffentlichten Note der Vereinigten Staaten vom 4. April an die Mächte heißt es in Bezug auf die Inſel Yap und die Mandate im allgemeinen: Es wird nicht beſtritten werden, daß das Recht, über die überſeeiſchen Beſitzungen Deutſchlands zu verfügen, erworben wurde durch einen Sieg der alliierten und aſſoziierten Mächte. Daraus folgt notwendigerweiſe, daß die Rechte, die den alliierten und aſſoziierten Mächten aus dem gemeinſamen Sieg erwachſen, von den Vereinigten Staaten geteilt werden und daß keine endgültige und wirkſame Verfügung über die überſeeiſchen Beſitzungen Deutſchlands ohne die Zuſtimmung der Vereinigten Staaten beſtehen kann. Meine Regierung muß daher darauf hinweiſen, daß die Vereinigten Staaten niemals weder den Oberſten Rat noch den Völkerbund mit irgendwelchen Vollmachten betraut haben. Es ſei auch darauf hingewieſen, daß das Recht, das den Vereinigten Staaten durch den Krieg erwächſt, an dem ſie teilgenommen haben, nicht als in irgendeiner Weiſe an Japan abgetreten oder an eine andere Nation überliefert angeſehen werden kann, ausgenommen durch einen Vertrag, und daß kein ſolcher Vertrag abgeſchloſſen worden iſt. Die Tatſache, daß die Vereinigten Staaten den Vertrag von Verſailles nicht ratifiziert haben, kann die Rechte nicht ſchmälern, die die Vereinigten Staaten bereits erworben haben. Es ſollte zur Kenntnis genommen werden, daß Artikel 119 des Vertrages von Verſailles vorſieht, daß Deutſchland zugunſten der alliierten und aſſoziierten Mächte auf ſeine Rechte und Anſprüche auf ſeine überſeeiſchen Beſitzungen verzichtet. Es iſt klar, daß der Völkerbund ohne irgendwelche Ermächtigung war, die Vereinigten Staaten zu binden, und daß die Beſtätigung des in Frage kommenden Mandats und die Feſtſetzung ſeiner Bedingungen durch den Rat des Völkerbundes im Dezember 1920 als nicht wirkſam mit Bezug auf die Vereinigten Staaten angeſehen werden kann. — Des ferneren erklärt die Note: Die Zuſtimmung der Vereinigten Staaten mit Bezug auf die Uebertragung der Mandate und ihre Bedingungen iſt im Falle der Inſel Yap niemals erteilt worden. Meine Regierung vertraut darauf, daß dieſe Aktion, die, wie ſie annehmen muß, auf einem Mißverſtändnis begründet iſt, nochmals in Erwägung gezogen wird. Sie erklärt erneut, daß die Vereinigten Staaten die Zuweiſung der Inſel Yap an Japan und die Rechtsgültigkeit des Japan übertragenen Mandats nicht anerkennen können. Die Vereinigten Staaten verfolgen nicht ein ausſchließliches Intereſſe an der Inſel Yap und haben nicht den Wunſch, ſich irgendwelche Privilegien zu ſichern, ohne daß gleiche Privilegien auch den anderen Mächten einſchließlich Japans zuerkannt würden. Im Vertrauen auf den Gerechtigkeitsſinn der britiſchen Regierung und der Regierungen der alliierten und aſſoziierten Mächte erwartet die amerikaniſche Regierung zuverſichtlich die Regelung der Angelegenheit, durch die die berechtigten Intereſſen Aller voll gewahrt würden.

dz. Waſhington, 15. April. Der Text der franzöſiſchen Note über die Yap-Frage iſt hier veröffentlicht worden. Die Erwiderung Frankreichs wird als gleichbedeutend mit der Annahme des von der amerikaniſchen Regierung aufgeſtellten Grundſatzes betrachtet, daß die Vereinigten Staaten keine ihrer Rechte an den früheren deutſchen überſeeiſchen Beſitzungen aufgegeben haben.

Vor neuen Reparationsverhandlungen.

— Berlin, 15. April. Die „Germania“, deren Beziehungen zu dem Reichskabinett bekannt ſind, veröffentlicht über die Beratungen des Reichskabinetts folgende Mitteilungen:

„Der Vermittlungsverſuch, der ſeitens einer neutralen Macht unternommen worden iſt, um den neuen Präſidenten der Vereinigten Staaten Harding zu einem Eingreifen für die Anbahnung neuer Verhandlungen zwiſchen der Entente und Deutſchland zu beſtimmen, hat, wie wir zuverläſſig hören, ſowohl am Dienstag wie auch am Mittwoch das Kabinett eingehend beſchäftigt. Das Kabinett hat ſeinerſeits auch mit den Führern der parlamentariſchen Fraktionen Rückſprache genommen. Zu einem abſchließenden Ergebnis ſind die Beſprechungen des Kabinetts noch nicht gediehen. Es ſteht aber feſt, daß im Kabinett die Auffaſſung vorherrſcht, daß die angebotene Vermittlung nicht zurückgewieſen werden darf. Es handelt ſich bekanntlich hierbei darum, daß die Reichsregierung dem Präſidenten Harding neue Vorſchläge unterbreitet, die die geeignete Grundlage zu neuen Verhandlungen mit der Entente bieten. In welcher Richtung ſich die neuen Vorſchläge bewegen werden, darüber läßt ſich im Augenblick noch nichts Endgültiges ſagen. Es dürfte aber u. a. die Frage eines internationalen Schiedsgerichts eine große Rolle ſpielen. Auch darüber dürfte Klarheit beſtehen, daß in dem neuen deutſchen Beſchluß eine beſtimmte Entſchädigungsſumme genannt werden wird.“

Zum Schluß teilt die „Germania“ mit, daß die Entſcheidung des Reichskabinetts über die ganze Angelegenheit in kürzeſter Friſt erfolgen werde.

dz. Berlin, 15. April. Das Reichskabinett beſchäftigte ſich geſtern erneut mit der Wiederherſtellungsfrage. Die Beratungen waren ſtreng vertraulich. Der Vorſitzende des Ausſchuſſes für auswärtige Angelegenheiten Streſemann konferierte geſtern mit Dr. Simons. Die Blätter melden, daß Dr. Simons Anfang nächſter Woche dem Ausſchuß Mitteilungen über ein neues deutſches Angebot in der Reparationsfrage machen werde.

dz. Berlin, 15. April. Die „Voſſ. Ztg.“ meldet, die Regierung werde vorausſichtlich in der Lage ſein, am Dienstag vor dem Ausſchuß für auswärtige Angelegenheiten des Reichstages Erklärungen über das neue deutſche Angebot in der Reparationsfrage abzugeben.

dz. Berlin, 15. April. Heute morgen hatte Dr. Simons mit den Gewerkſchaftsführern ausführliche Beſprechungen über die deutſche Wiederaufbaufrage.

ſt. Berlin, 15. April. Aus Paris wird der „Tägl. Rundſch.“ gemeldet: Deutſchland bereitet neue Reparationsvorſchläge vor, die Dr. Simons den Alliierten durch Vermittelung der amerikaniſchen Regierung überreichen möchte. Der Entwurf ſoll zwei Hauptpunkte umfaſſen: 1. Wiederaufbau der zerſtörten Gebiete unter Verwendung deutſcher Arbeitskräfte und deutſchen Materials. 2. Uebernahme der alliierten Kriegsſchulden an Stelle einer Reparationszahlung durch Aufnahme einer internationalen Rieſenanleihe. Skandinavien, Holland, die Schweiz, Spanien und Südamerika ſollen bereit ſein, ſich an der Löſung dieſer Anleihe-Frage zu beteiligen. Deutſch-amerikaniſche Bankgruppen der Vereinigten Staaten werden die Hauptmaſſe zu dem notwendigen Fonds zeichnen. Vertreter von vier Gruppen der amerikaniſchen Bankwelt ſollen bereits ihre Beteiligung verſprochen haben.

Die Vorbereitung der deutſchen Vorſchläge.

— Berlin, 15. April. Die Nachrichten, die zurzeit über die Beratungen im Schoße des Reichskabinetts in der Preſſe umlaufen, ſind im allgemeinen nichts mehr als ein Rätſelraten über die Fragen der Wiederherſtellung, die in der Oeffentlichkeit natürlich nach allen Seiten hin ſchon behandelt worden waren. Im allgemeinen iſt zu ſagen, daß zwei Hauptfragen im Vordergrund der Beratungen ſtehen. Die erſte iſt die des Wiederaufbaues der zerſtörten Gebiete. Die zweite Frage dreht ſich darum, für den Hauptgeſchädigten unſerer Verhandlungsgegner, für Frankreich, die unbedingt erforderlichen finanziellen Mittel flüſſig zu machen. Die Vorarbeiten zur Aufſtellung unſerer neuen Angebote in dieſen beiden Fragen ſind bereits eifrig im Gange.

Die Zentrumsfraktion ſpricht Stegerwald ihr Vertrauen aus.

— Berlin, 15. April. Die Zentrumsfraktion des preußiſchen Landtages, die geſtern morgen zur Beratung zuſammengetreten war, nahm den Bericht des preußiſchen Miniſterpräſidenten Stegerwald über den Stand der Kabinettsbildung entgegen. Eine Löſung der Frage iſt bislang noch nicht gefunden. Die Zentrumsfraktion ließ Stegerwald auch weiterhin völlig freie Hand zu weiteren Verſuchen, eine Löſung der Frage herbeizuführen.

Sie verſicherte Stegerwald durch einmütigen Beſchluß des vollen Vertrauens der Fraktion.

Miniſterpräſident Stegerwald machte heute den ſeitherigen Koalitionsparteien die Mitteilung, daß er zweierlei nicht mache: **Er bilde kein Kabinett, das als eine Fortſetzung der alten Koalition angeſehen werden könne**, weil dafür neben den bereits bekannten Gründen nach bald zweimonatigen Verhandlungen der Parteien die Möglichkeit verbaut ſei. Weiterhin trete er aus außen- und innerpolitiſchen Gründen nicht ergebnislos zurück.

In poſitiver Hinſicht ſchlägt Stegerwald vor: **Es wird ein Miniſterium gebildet aus drei Politikern: Stegerwald, Severing und Fiſchbeck.** Daneben ſollen die drei ſeitherigen Koalitionsparteien je einen parlamentariſchen Staatsſekretär ſtellen, damit zur Erörterung wichtiger politiſcher Fragen im Kabinett eine ausreichende Zahl politiſch erfahrener Männer vorhanden iſt. Die übrigen vier Miniſterien ſollen mit Beamten beſetzt werden, die ſich verpflichten, die Reichsverfaſſung und die preußiſche Verfaſſung in Stunden der Gefahr mit allen ſtaatlichen Machtmitteln zu verteidigen.

Führt auch dieſer Vorſchlag nicht zum Ziel, dann iſt Stegerwald entſchloſſen, bis nach Beendigung der Sanktionen ein Geſchäfts- und Uebergangsminiſterium zu bilden, in dieſes tüchtige Männer zu berufen und in der Vertrauensfrage dem Landtag die Verantwortung zuzuſchieben.

Die Oberſchleſiſche Frage vor der Botſchafterkonferenz.

dz. Paris, 15. April. Wie Petit Pariſien mitteilt, wird die oberſchleſiſche Frage ohne Zweifel demnächſt vor die Botſchafterkonferenz gelangen, es ſei aber wahrſcheinlich, daß die Löſung dem Oberſten Rat anheim geſtellt werden wird. Das Blatt erinnert daran, daß während der Verhandlungen der Verſailler Friedenskonferenz zuerſt vorgeſchlagen wurde, die Volksabſtimmung in Oberſchleſien erſt nach dreijähriger Verwaltung durch die interalliierte Kommiſſion ſtattfinden zu laſſen. Es ſei aber beſchloſſen worden, alle wünſchenswerten Maßnahmen zu treffen, um die oberſchleſiſche Bevölkerung vom deutſchen Drucke zu befreien. Namentlich habe man die Induſtrie-Magnaten, die Großgrundbeſitzer und die Lehrer entfernen wollen, die alldeutſche Propaganda betreiben. Jetzt wiſſe man aber, daß von deutſcher Seite Einſchüchterungsmanöver ſtattgefunden haben. Die Schiedsrichter von 1921 würden ſich alſo der Entſcheidungen erinnern, die 1919 getroffen wurden.

Der Streik in England.

dz. London, 15. April. Die geſtrige Morgenpreſſe gibt nicht alle Hoffnung auf eine Vermeidung des drohenden Streiks der Eiſenbahner und der Transportarbeiter auf. Der politiſche Mitarbeiter des Daily Chronicle ſchreibt, es herrſche die Ausſicht, daß ein Streik des Arbeiterdreibundes nicht länger als zwei Wochen dauern werde. Nach dem gleichen Blatte haben auch die Straßenbahnführer beſchloſſen, in den Ausſtand zu treten. — Im Manifeſt des Arbeiterdreibundes heißt es, der Kampf der Bergarbeiter ſei nicht ein politiſcher, wir verkünden nicht die Revolution, wir ſtehen Schulter an Schulter für die fundamentalen Rechte der Arbeiterſchaft, der Kampf muß und wird gewonnen werden.

dz. London, 15. April. Der Star meldet, einzelne Arbeiterführer, beſonders Henderſohn und Clynes, ſeien im Sinne einer friedlichen Regelung des Streiks tätig. Thomas erklärt, zahlreiche Arbeiterverbände, darunter auch die Elektrizitätsarbeiter, würden ſich einer Aktion des Arbeiterdreibundes anſchließen. — Lloyd George erklärte, der Ernſt der Lage nehme dauernd zu. Er drückte im Unterhauſe die Hoffnung aus, daß weiſere Ratſchläge die Oberhand gewinnen möchten. — Die Mehrheit der Seeleute hat bisher gegen den Streik geſtimmt. Heute findet eine Sitzung des Parlamentariſchen Ausſchuſſes der Gewerkſchaften, des nationalen Ausſchuſſes der Arbeiterpartei und der Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei ſtatt. Ebenfalls heute findet eine nationale Konferenz aller Verbände ſtatt, die in der federation general of workers zuſammengeſchloſſen ſind. Dieſe umfaßt 1,5 Millionen Mitglieder in England. — Nach Blättermeldungen haben 5000 bis 6000 Arbeiter in den Mitternachtsſtunden einen entſchloſſenen Angriff auf die Zentralverteilungsſtelle der nordbritiſchen Eiſenbahnlinie in Fifeſhire ausgeführt. Die Arbeitenden wurden gezwungen, ihre Poſten zu verlaſſen. Güterzüge wurden geplündert und beträchtliche Lebensmittelmengen fortgeführt. Polizei, Militär und Marine unterdrückten die Unruhen.